

USA: Menschenrechte und Realpolitik

Präsident Carters Feldzug für Menschenrechte und Moral in der Außenpolitik gewinnt allmählich globale Maßstäbe: Nach der Sowjetunion sind nun auch Staaten in Afrika und Lateinamerika zur Zielscheibe amerikanischer Ermahnungen geworden.

Die neue Phase begann mit einer Attacke gegen Idi Amin: „Der furchtbare Mord“ an einem Erzbischof und zwei Ministern in Uganda — so hieß es jüngst in einer Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten — „hat die gesamte zivilisierte Welt angewidert“.

Einen Tag danach überraschte Außenminister Cyrus Vance den amerikanischen Senat mit den Umrissen einer neuen Außenhilfe-Politik: Die Zuwendungen für Argentinien, Uruguay und Äthiopien sollen beschnitten werden, weil deren Regierungen systematisch die Menschenrechte im eigenen Lande verletzt hätten. Die vorgesehenen Kredite für Argentinien wurden von 48,4 auf 15 Millionen Dollar reduziert, Uruguay soll 2,5 Millionen Dollar einbüßen. Äthiopien verliert seine gesamte Militärhilfe in Höhe von 11,7 Millionen Dollar.

Offensichtlich will die Carter-Administration damit die Vorwürfe der Sowjetunion entkräften, wonach Washingtons moralische Empfindsamkeiten höchst einseitig auf die kommunistische Welt verteilt blieben. Nur: Die Reaktionen der angeprangerten Verbündeten Amerikas waren ironischerweise viel schärfer als die Moskaus.

Nachdem Carter den gegen Luis Corvalán ausgetauschten sowjetischen Regimegegner Wladimir Bukowski im Wei-

ßen Haus empfangen hatte, konterte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS lediglich mit der lakonischen Meldung: „Der amerikanische Präsident J. Carter empfing... einen kriminellen Gesetzesbrecher, der aus der Sowjetunion verbannt wurde und auch als Widersacher der Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bekannt ist.“

Dagegen reagierten die Lateinamerikaner mit unerwarteter Schärfe. Entrüstet wiesen die Argentinier die übriggebliebenen 15 Millionen Dollar zurück. Uruguay ließ wissen, daß es fürderhin auf jegliche Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten verzichten würde. Brasilien wartete den bevorstehenden Bannstrahl Carters gar nicht erst ab, sondern lehnte im Vorhinein einen bereits zugebilligten Militärkredit in Höhe von 50 Millionen Dollar ab. In einer Note an Washington beklagten sich die Brasilianer anschließend über „unannehmbare und tendenziöse Urteile“ aus dem Munde der neuen Administration.

Die Empörung der Lateinamerikaner ist begreiflich — nicht zuletzt, weil der neue Idealismus der Carter-Administration einen kräftigen Schuß Zynismus enthält. In derselben Erklärung, mit der Außenminister Vance die Finanzkürzungen für Argentinien, Uruguay und Äthiopien bekanntgab, ließ er den Senat wissen, daß Südkorea ungeschoren davonkommen würde — und das, nachdem Carter das Park-Regime zusammen mit Kuba und Uganda als notorische Menschenrechtsverächter gebrandmarkt hatte. Den Grund für diese Unterscheidung erläuterte Vance in der Sprache der klassischen Realpolitik: „In jedem einzelnen

Fall müssen wir die politischen Besorgnisse um die Menschenrechte gegen wirtschaftliche und Sicherheitsfragen abwägen.“ Vance meinte, daß Südkorea strategisch bedeutsam sei, die anderen drei Länder hingegen nicht. Das Fazit, so schien es, war: Jene Länder, die in das Strafgericht einbezogen wurden, sind nicht nur moralisch minderwertig, sondern auch politisch unwichtig.

Mit Wohlwollen bemerkte der *Christian Science Monitor*, daß sich die Vereinigten Staaten nun endlich aus der „moralischen Defensive“ des Vietnamkrieges befreit hätten. Die Praxis scheitert dies noch nicht zu bestätigen: Mit ihrem Versuch, die „sittliche Autorität“ der USA wiederherzustellen, hat sich die Carter-Regierung in neue Widersprüche eines selektiven Moralismus verstrickt.

Unter Henry Kissinger hatte die amerikanische Diplomatie dieses Dilemma von vornherein vermieden, indem sie sich weigerte, in die Rolle des universalen Sittenrichters zu schlüpfen. „Angesichts der weitgestreuten Menschenrechtsverletzungen in der Welt“, erklärte das State Department 1975, „haben wir keine wirklich objektive Methode für die Beurteilung gradueller Unterschiede zwischen den Nationen gefunden. Diese Tatsache führt uns zu dem Schluß, daß öffentliche Schmähungen weder den Sicherheitsinteressen der USA noch der Sache der Menschenrechte nützen würden.“ Carter will vorläufig noch weiterbalancieren. Während eines Höflichkeitsbesuchs im US-Außenministerium verkündete er: „Ich muß mich vorsehen, keine ernsthaften Fehler zu machen, aber ich darf auch nicht zu furchtsam sein.“

Josef Joffe